

Kiloweise Marihuana gefunden

Plantagen-Besitzer in Untersuchungshaft

Von Peter Hagen

Bad Lobenstein. Die Polizei hat am Mittwoch bestätigt, dass Ende voriger Woche einer der größten Drogenfunde in der Region gelungen ist. In der ehemaligen Waschbretterfabrik zwischen Bad Lobenstein und Lemnitzhammer war eine Cannabis-Plantage ausgehoben worden.

Inzwischen ist bekannt, wer der Tipp-Geber gewesen ist: Es gab einen Hinweis von der Polizei aus Bayern, worauf zunächst eine Polizeistreife in der Nacht zum Freitag das Objekt aufsuchte, den einzigen Bewohner des Hauses aber nicht vorfand. Gemeinsam mit Einsatzkräften der Bad Lobensteiner Feuerwehr waren dann das Außengelände beleuchtet und ein Zugang geöffnet worden, um das ehemalige Fabrikgebäude durchsuchen zu können. Hierbei stießen Polizei und Feuerwehr auf die „professionelle Indoorplantage mit Cannabispflanzen“, wie es jetzt von der Polizei heißt.



Die Polizei stieß auch auf diesen Ferrari. Foto: Peter Hagen

In der Anlage, die aus Pressspanplatten in einer Halle aufgestellt worden war, befanden sich laut Polizei mehr als 100 erntereife Cannabispflanzen, Reste vorheriger Ernten sowie „mehrere Kilogramm verkaufsfertiges Marihuana“. Über den Marktwert wurden noch keine Angaben gemacht.

Des illegalen Drogenbaus und -verkaufs verdächtig ist der 53-jährige Bewohner des Hauses, der in der Nacht zum Freitag nicht angetroffen worden war. Dieser stellte sich im Verlauf des Freitagmorgens in Begleitung eines Anwalts bei der Polizei. Zu diesem Zeitpunkt lag bereits ein Haftbefehl gegen ihn vor, der umgehend vollzogen worden ist. Daher verbrachte der Mann Weihnachten hinter Gittern und befindet sich weiterhin in Untersuchungshaft.

Ermittelt wird zudem gegen einen weiteren Tatverdächtigen aus Oberfranken, bei dem zeitgleich am Freitag eine Wohnungsdurchsuchung stattfand. Keine Angaben macht die Polizei bislang zu den Waffen, die ebenfalls sichergestellt wurden.

Von Peter Cissek

Schleiz/Neustadt. Die Schleizer Physiotherapeutin Anna Katharina Rösch wurde im Oktober mit im Stadtgebiet verteilten Visitenkarten, auf denen sie angeblich sexuelle Dienstleistungen anbietet, in Misskredit gebracht. Sie ist kein Einzelfall im Saale-Orla-Kreis. Inzwischen wurde eine Tatverdächtige ermittelt, die bundesweit Frauen belästigt und auch weiterhin belästigt.

Dabei handle es sich um eine 49-jährige russische Staatsangehörige, die in Baden-Baden lebt. Gegenstand der vor dem Amtsgericht Baden-Baden am 29. Juni 2016 erhobenen Anklage seien 13 Vergehen der Beleidigung, üblen Nachrede und Verleumdung, teilte Michael Klose, Erster Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Baden-Baden, auf OTZ-Anfrage mit. Zahlreiche gleichartige und andere Taten wurden von der Staatsanwaltschaft im Rahmen einer erheblichen Verfahrensbeschränkung von der Strafverfolgung ausgeschlossen. Ob es zu einer weiteren Anklage komme, in der spätere Fälle wie der von Anna Katharina Rösch verhandelt werden, konnte Staatsanwalt Klose noch nicht sagen. Er bestätigte, dass die Angeklagte „gute Kontakte“ zu einem niedergelassenen Facharzt im Orlatal hatte.

„Die als Verkäuferin tätige mutmaßliche Täterin aus Baden-Baden hatte etwa zwei Jahre lang eine lockere, intime Beziehung mit dem Arzt geführt. Als dieses Verhältnis im Sommer 2015 in die Brüche ging, kopierte sie offenbar heimlich die Kontakte aus dem Smartphone ihres Ex-Freundes. Einige Monate später begann sie ihren Feldzug gegen die vermeintlichen Rivalinnen, bei denen es sich aber nicht um Geliebte, sondern um Bekannte oder Patientinnen des Arztes handelt“, sagte Privatermittler Mario Arndt von der Berliner Detektei „S.E.K.A.“

Vermeintliche Rivalinnen belästigt

Geliebte eines Arztes aus dem Orlatal kopiert Kontakte aus seinem Smartphone und verschickt nach Beziehungsende anonyme Briefe



Die Physiotherapeutin Anna Katharina Rösch (unten) und die Podologin Yenny Nürnberger (oben) sind zwei der Opfer der mutmaßlichen Täterin, die auch auf Facebook ihr Unwesen treibt.

der OTZ. Anfangs habe sie die Frauen in anonym verschickten Briefen davor gewarnt, mit dem Arzt eine Beziehung einzugehen. In einer zweiten Angriffswelle wurden die Adressatinnen als Huren beschimpft. In einer dritten Runde schickte die mutmaßliche Täterin auch Briefe an Berufskollegen und Nachbarn der Frauen, erklärte Arndt.

Ähnlich ging es auch der in Neustadt an der Orla tätigen Podologin Yenny Nürnberger, die dem Arzt bei der Vorbereitung eines dörflichen Festes ihre Handynummer anvertraute. Im

Sommer 2016 erhielten mindestens zehn ihrer Bekannten „Werbebriefe“, in denen die medizinische Fußpflegerin angeblich sexuelle Dienstleistungen anbot. Zu Ostern 2017 lagen in der Nachbarschaft einer Neustädter Schule Visitenkarten mit ähnlichem Inhalt herum. „Hätte ich meine podologische Praxis nicht schon vor fünf Jahren eröffnet, hätte ich sie damals schließen können“, sagte die 34-Jährige. Den Anzeigen gegen Unbekannt bei der Polizei folgten nach einer Frist Schreiben der Staatsanwaltschaft, in denen

ihr mitgeteilt wurde, dass die Verfahren mangels Erkenntnissen und wegen Geringfügigkeit eingestellt wurden.

Ähnlich wie Yenny Nürnberger hatten auch andere betroffene Frauen an ihren jeweiligen Wohnorten Anzeige erstattet. Zusammengeführt wurden die Fälle erst, als der Berliner Privatermittler Mario Arndt von der Mandantin eines Rechtsanwalts, der mit ihm zusammenarbeitet, mit Ermittlungen beauftragt wurde. Bei seinen Recherchen stieß er darauf, dass es auch in anderen Bundesländern



Fotos (3): Peter Cissek

Stalking-Fälle im Zusammenhang mit dem Facharzt aus dem Orlatal gab.

So habe eine junge Pöbneckerin, deren Hund im Sommer 2016 von Unbekannten vergiftet worden war, im Oktober 2017 einen anonymen Brief mit dem Schreiben „Hackfleischbällchen haben Deinem Hund geschmeckt wie im Fall T. (Berlin)“ und einer Visitenkarte erhalten, auf der die Schleizerin Anna Katharina Rösch angeblich sexuelle Dienstleistungen offeriert. Zuvor habe die Pöbnecker Patientin des Arztes, die auf OTZ-An-

fragen nicht antwortete, nach Arndts Schilderung bereits besagte Briefe, aber auch Damenunterwäsche zugeschickt bekommen. „Es ist ein gängiges Muster der Tatverdächtigen, dass sie gefälschte Visitenkarten auch anderen Briefen beilegt. Den Fall T. hat es aber meinen Ermittlungen zu Folge in Berlin nicht gegeben“, sagte der Detektiv. Er staune darüber, dass die Baden-Badenerin – anders als andere Verdächtige – trotz der Anklage weitermache und sich auch auf einer gefakten Facebookseite zu dem Thema äußere. Ihr Facebookprofil trage den Vornamen und die ersten drei Buchstaben des Nachnamens der Kommissarin der Berliner Polizei, die 2015 die erste Anzeige in dieser Angelegenheit aufnahm. Der komplette Nachname sei auch der Name des Ortes, in dem der Arzt praktiziert.

Mario Arndt, der nach Abschluss der Ermittlungen für die geschädigte Berliner Geschäftsfrau neue Erkenntnisse lediglich an die Staatsanwaltschaft Baden-Baden weiterleite, sei von einer Betroffenen auf den Fall von Anna Katharina Rösch hingewiesen worden. Die Frau aus dem baden-württembergischen Heddeshheim, die nach dem Psychoterror gegen ihre Person ihren Wohnort wechselte und nun ihr Haus verkaufen will, hatte im OTZ-Beitrag über die Schleizer Physiotherapeutin Gemeinsamkeiten entdeckt.

„Mein Vater war bei besagtem Arzt in Behandlung. Sonst habe ich zu diesem keinen Kontakt“, sagte die 30-jährige Schleizerin, die sich erst im Mai 2017 selbstständig machte. „Ich bin sehr froh, dass ich in die Öffentlichkeit gegangen bin. Denn nach dem OTZ-Beitrag ist mir von vielen Menschen eine Solidarität zuteil geworden, die ich nicht erwartet hätte“, so Anna Katharina Rösch.

■ Mehr zum Thema: www.otz.de/rufmord

Über 3,2 Millionen Anträge auf Einblick in Stasi-Akten

Bundesbeauftragter: Inzwischen erkundigen sich viele aus der „Enkelgeneration“ nach verstorbenen Angehörigen

Berlin/Erfurt. Bei der Stasi-Unterlagenbehörde sind seit ihrem Bestehen mehr als 3,2 Millionen Anträge auf persönliche Einsicht in Akten der DDR-Staatsicherheit gestellt worden. In diesem Jahr seien es bis Ende November etwa 463 000 Anträge gewesen, sagte Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

Im Jahr 2016 waren es insgesamt 486 000 Anträge. Obwohl die Zahlen langfristig zurückgingen, sei das Interesse noch höher als anfangs erwartet.

In Thüringen nahmen die Mitarbeiter in den Außenstellen der Bundesbehörde bis Ende November rund 7400 Anträge entgegen, während es im gesamten Vorjahr rund 7900 waren. Die Gesamtzahl der Anträge belief sich laut Angaben der Behörde seit 1992 auf 525 400.

Manche Menschen wagten erst jetzt als Rentner den Blick in die Vergangenheit und bean-

tragten Akteneinsicht, sagte Jahn. Es gebe noch die Angst zu entdecken, von Nachbarn oder Freunden bespitzelt worden zu sein, so der frühere DDR-Oppositionelle.

Neu seien auch verstärkte Nachfragen der „Enkelgeneration“, die mehr über das Leben gestorbener Familienangehöriger wissen wolle. Diese Anträge machten mittlerweile 15 Prozent der Erstanträge aus. „Die Akten klären Schicksale auf, sie

sind Dokumente von Menschenrechtsverletzungen und nach wie vor ein wichtiges Instrument der Aufarbeitung“, so der 64-Jährige.

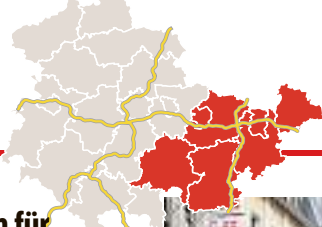
Derzeit können laut Jahn zwei Drittel der Anträge in wenigen Wochen beantwortet werden. Bei dem Rest müsse noch sehr viel aufwendiger im riesigen Stasi-Archiv recherchiert werden – auch um Verwechslungen auszuschließen. Das könne Monate dauern.

Der Berg der noch offenen Anträge werde weiter abgetragen, versicherte Jahn. Gab es 2016 noch rund 54 400 nicht abgeschlossene Fälle, seien es in diesem Jahr etwa 43 500.

Jahn zeigte sich überzeugt, dass es die persönliche Einsicht in die Stasi-Papiere dauerhaft geben wird. Derzeit würden zusammen mit dem Bundesarchiv Vorschläge zur Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs erarbeitet, sagte Jahn. (dpa)

Konzept für ländlichen Raum

Nesse-Apfelstädt. Der Erhalt sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum ist nach Ansicht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eine zentrale Aufgabe der Landesregierung für 2018. Ein umfassendes Konzept sollte auch Punkte wie Lohngerechtigkeit, Mobilität und Struktur des Sozial- und Bildungsbereichs enthalten. Landesgeschäftsführer Stefan Werner zählt auch die Funktional- und Verwaltungsreform sowie eine Stärkung der Demokratie zu den wichtigsten Herausforderungen. (dpa)



Ostthüringen kompakt

Personenstandsdaten für Geraer Heimatforscher

Gera. Im Geraer Stadtarchiv werden Geburten-, Heirats- und Sterberegister ab dem Jahr 1876 verwahrt. Aktuell sind die Mitarbeiter mit dem Retrokonvertieren, also dem Übertragen in eine maschinenlesbare Form, beim Jahr 1904 angekommen. Das betreffe aber nur die für das direkte Stadtgebiet erfassten Daten, nicht jene der 50 Ortsteile. Das sagt Christel Gäbler. Die 53-Jährige ist seit diesem Jahr Leiterin des Stadtarchivs Gera.

Ein Ziel der Archivierung der Personenstandsdaten sei es, jene als Excel-Tabelle für Heimatforscher auf der städtischen Internetseite abrufbar zu machen.

Gemeinderäte erschrocken über Haushalt in Nobitz

Nobitz. Bei der letzten Sitzung in diesem Jahr gab es schlimme Nachrichten für die Nobitzer Gemeinderäte: Laut dem Bericht der Kämmerei erhält die Gemeinde anstatt der prognosti-



Christbaum-Geschmücktes in Gera: Das Aufräumen nach dem Märchenmarkt hat begonnen. Bis 29. Dezember wird alles abgebaut. Foto: Marcel Hilbert

zierten 1,1 Millionen Euro gerade einmal die Hälfte.

Und auch mit Steigerungen bei Schul- und Kreisumlage in Höhe von 228 000 Euro müsse man rechnen, berichtete die Kämmerin. In der Summe würde das ein Defizit von 830 000 Euro im Jahr 2018 bedeuten. Dennoch gab sich der Bürgermeister hoffnungsvoll, dieses umschiffen zu können.

Neue Broschüre über Kirchen im Saale-Holzland

Eisenberg. Eine neue Broschüre mit dem Titel „Kirchen der Region Saale-Holzland-Kreis“ wird im ersten Quartal 2018 durch das Landratsamt herausgegeben. Nachdem bereits 2012 insgesamt 32 Kirchen der Region in einer Broschüre vorgestellt wurden, sollen nun 32 weitere Gotteshäuser in Wort und Bild präsentiert werden. Gefördert wird das Büchlein von der Sparkasse Jena-Saale-Holzland, die einen vierstelligen Betrag für den Druck zur Verfügung stellt.

Laut jüngster Statistik gibt es 130 Kirchen im Landkreis.

B 2 bei Porstendorf länger als geplant Baustelle

Porstendorf. Die Bauarbeiten auf der Bundesstraße 2 bei Porstendorf dauern länger als geplant und voraussichtlich bis ins Frühjahr hinein an. Der Grund dafür seien hohe Aufwendungen und zusätzliche Arbeiten durch den vorgefundenen Baugrund und bei der Entwässerung, informierte das zuständige Straßenbauamt Ostthüringen. Derzeit befindet sich die Baustelle in einer Ruhephase. Der beauftragte Baubetrieb Max Bögl entscheide entsprechend der Witterung, wann die Arbeit fortgesetzt wird.

Rudolstadt vergibt Ehrenamtspreis 2017

Rudolstadt. Mit dem Ehrenamtspreis wurden in diesem Jahr Brigitte Böhm, Rosa Eberli und Manfred Fischer von der Tafel, Ina Lehmann vom THW sowie Sigrid Regler, Anna Jacobitz und Ulrich Bär, die sich für Flüchtlinge einsetzen, geehrt. Ebenfalls ausgezeichnet wurden Ursula Pilz von der Inter-

senvereinigung Jugendweibe, Mohammad Youssuf Taraki als Übersetzer, Karin Lange vom Seniorenbeirat, Brigitte Kull, Gründerin der Hospizgruppe Rudolstadt, Frank-Eberhard Wilde für sein Wirken im Gestaltungsbeirat, Constanze Thiede und Bernd Hercher vom Heimatkreis Mörla sowie Christian Engel als Stadtring-Vorstand.

Isserstedt dringt auf Umgehungsstraße

Jena. Im Ortsteil Isserstedt sammeln die Bewohner weitere Argumente für die seit Jahren geforderte Umgehungsstraße. Das Thüringer Infrastrukturministerium bestätigte den Isserstedtern jüngst, dass das Vorhaben im entstehenden Landstraßenbedarfsplan mit dem Prädikat „vordringlich“ eingeordnet wird. Gegenüber der Zeitung bestätigte gestern der Kommunalservice KSJ Verkehrszahlwerte des Vorjahres: innerhalb von 24 Stunden 12 294 Autos auf der Isserstedter Hauptstraße in Richtung Jena und 11 801 in Richtung Apolda.

Streit um Erstattung des Eintrittspreises

Greiz. Die gehbehinderte Mutter einer Leserin konnte während der Fürstenerweihnacht die Treppe zu den Ausstellungsräumen im Unteren Schloss in Greiz nicht erklimmen. Da sie aber trotz Diskussion laut eigener Aussage auf ihren Protest hin nur das Eintrittsgeld für ihre Mutter zurückbekam, habe sie den Vorfall öffentlich machen wollen und sich an die OTZ gewandt.

Auf Nachfrage erklärt Museumsdirektor Rainer Koch: „Mir ist dieser Vorfall bekannt. Allerdings habe ich diesen anders geschildert bekommen“, sagt Koch. Demnach sei die Besucherin sehr anmaßend gegenüber dem Personal gewesen und nicht auf eine Lösung des Problems bedacht. „Eine Gehhilfe oder ein Rollator sind kein Ausschlusskriterium dafür, unsere Ausstellungen sehen zu können“, betont Koch. Sowohl seine Mitarbeiter als auch er selbst seien sich nicht zu schade, gehbehinderte Besucher beim Treppensteigen zu unterstützen.